

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

zu Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Gesetze zu Fiskalvertrag und Europäischem Stabilitätsmechanismus

A. Problem

Die Gesetze zum Fiskalvertrag und zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sollen am Freitag, dem 29. Juni 2012, von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden. Es wird erwartet, dass gegen die Gesetze noch am selben Tag (Eil-)Anträge beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat über seine Pressesprecherin mitteilen lassen, zumindest über die Eilanträge kurzfristig entscheiden zu wollen.

Es ist davon auszugehen, dass das Bundesverfassungsgericht dem Deutschen Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesen Anträgen während der im Parlament sitzungsfreien Zeit geben wird.

B. Lösung

Der Rechtsausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., in Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Gesetze zu Fiskalvertrag und Europäischem Stabilitätsmechanismus Stellung zu nehmen und den Präsidenten zu bitten, mehrere Prozessbevollmächtigte zu bestellen.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten der Prozessführung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Gesetze zu Fiskalvertrag und Europäischem Stabilitätsmechanismus Stellung zu nehmen und den Präsidenten zu bitten, mehrere Prozessbevollmächtigte zu bestellen.

Berlin, den 27. Juni 2012

Der Rechtsausschuss

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Vorsitzender

Bericht des Abgeordneten Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 89. Sitzung am 27. Juni 2012 darüber beraten, wie verfahren werden soll, wenn das Bundesverfassungsgericht dem Deutschen Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme in zu erwartenden Verfahren gegen die Gesetze zu Fiskalvertrag und Europäischem Stabilitätsmechanismus geben wird. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., in Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Gesetze zu Fiskalvertrag und Europäischem Stabilitätsmechanismus Stellung zu nehmen und den Präsidenten zu bitten, mehrere Prozessbevollmächtigte zu bestellen.

Nach intensivem Austausch über mögliche in Betracht kommende Prozessbevollmächtigte besteht Einvernehmen im Ausschuss, dass die Berichterstatter in Streitsachen dem Präsidenten hierzu Vorschläge unterbreiten werden.

Berlin, den 27. Juni 2012

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Vorsitzender und Berichterstatter

